GLOBAL 28.10.2019 | Jeffrey D. Sachs

Globale Rebellen

Regierungen werden derzeit weltweit von massiven sozialen Unruhen überrascht. Sie haben das Gespür für die Lage der Bevölkerung verloren.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

In dreien der wohlhabendsten Städte der Welt ist es in diesem Jahr zu Protesten und Unruhen gekommen. Paris sah sich seit November 2018 – kurz nachdem der französische Staatspräsident Emmanuel Macron die Kraftstoffsteuer angehoben hatte – Protestwellen und Ausschreitungen ausgesetzt. Hongkong ist seit März im Aufruhr, nachdem Regierungschefin Carrie Lam einen Gesetzentwurf vorlegte, um Auslieferungen auf das chinesische Festland zu gestatten. Und in Santiago kam es in diesem Monat zu explosionsartigen Ausschreitungen, nachdem Präsident Sebastián Piñera eine Erhöhung der U-Bahn-Preise angeordnet hatte.

Jeder Protest weist eindeutige lokale Aspekte auf, doch zusammen erzählen sie eine umfassendere Geschichte darüber, was passieren kann, wenn sich ein Gefühl, unfair behandelt zu werden, mit einer allgemeinen Wahrnehmung geringer sozialer Mobilität verbindet.

Legt man die traditionelle Messgröße des BIP pro Kopf an, sind die drei Städte Musterbeispiele wirtschaftlichen Erfolgs. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt in Hongkong bei rund 40 000 Dollar, in Paris bei über 60 000 Dollar und in Santiago, einer der reichsten Städte Lateinamerikas, bei etwa 18 000 Dollar. Im vom Weltwirtschaftsforum herausgegebenen Global Competitiveness Report 2019 rangiert Hongkong auf dem dritten, Frankreich auf dem 15. und Chile (als mit weitem Abstand bestes Land in Lateinamerika) auf dem 33. Platz.

Obwohl die Länder nach herkömmlichem Standard relativ reich und wettbewerbsstark sind,

Doch obwohl diese Länder nach herkömmlichem Standard relativ reich und wettbewerbsstark sind, sind ihre Bevölkerungen mit zentralen Aspekten ihres Lebens unzufrieden. Laut dem World Happiness Report 2019 fühlen sich die Bürger Hongkongs,

sind ihre Bevölkerungen mit zentralen Aspekten ihres Lebens unzufrieden.

Frankreichs und Chiles in wichtiger Hinsicht in der Sackgasse.

Jedes Jahr werden Menschen in aller Welt in der Gallup-Meinungsumfrage gefragt: „Sind Sie zufrieden oder unzufrieden mit der Entscheidungsfreiheit, die Sie über Ihr Leben haben?“. Während Hongkong beim BIP pro Kopf weltweit auf dem neunten Rang liegt, rangiert es, was die Wahrnehmung der Bevölkerung ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit über den eigenen Lebensweg angeht, viel tiefer, nämlich auf Platz 66. Dieselbe Diskrepanz wird in Frankreich (25. beim BIP pro Kopf, aber 69. bei der Entscheidungsfreiheit) und Chile (48. bzw. 98. Platz) deutlich. Ironischerweise stufen sowohl die Heritage Foundation als auch die Simon Fraser University Hongkong als weltweit am wirtschaftlich freiesten ein. Doch was ihre Freiheit angeht, über ihr Leben zu entscheiden, verzweifeln Hongkongs Bewohner.

In allen drei Ländern verzweifeln junge Städter, die nicht aus reichen Familien stammen, ob ihrer Chancen auf eine bezahlbare Wohnung und eine anständige Arbeit. Hongkongs Immobilienpreise gehören im Vergleich zu den Durchschnittsgehältern zu den höchsten der Welt. Chile weist in der OECD, dem Club der einkommensstarken Länder, die höchste Einkommensungleichheit auf. In Frankreich genießen die Kinder von Elite-Familien im Zuge ihres Lebens enorme Vorteile.

Aufgrund der sehr hohen Wohnungspreise werden die meisten Menschen aus den zentralen Geschäftsbezirken verdrängt und sind in der Regel auf das Auto oder öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um zur Arbeit zu gelangen. Ein großer Teil der Bevölkerung reagiert, wie die explosionsartigen Proteste in Paris und Santiago zeigen, daher möglicherweise besonders sensibel auf Änderungen bei den Transportpreisen.

Die herkömmlichen wirtschaftlichen Messgrößen für das Wohlbefinden sind völlig unzureichend, um die wahre Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu erfassen.

Hongkong, Frankreich und Chile sind durchaus nicht die Einzigen, die sich einer Krise bei der sozialen Mobilität und Beschwerden über die Ungleichheit ausgesetzt sehen. Die USA erleben derweil – in einer Zeit beispielloser Ungleichheit und des Zusammenbruchs des öffentlichen Vertrauens in die Regierung – steil steigende Selbstmordraten und andere Anzeichen sozialen Elends, wie etwa Amokläufe mit Schusswaffen. Und sie werden mit Sicherheit weitere gesellschaftliche Explosionen erleben, wenn es dort politisch und

wirtschaftlich weitergeht wie bisher.

Um eine derartige Entwicklung abzuwenden, müssen wir Lehren aus den drei Fällen der jüngsten Zeit ziehen. Alle drei Regierungen wurden von den Protesten völlig überrascht. Sie hatten das Gespür für die Stimmung in der Bevölkerung verloren und sahen daher nicht voraus, dass ihre scheinbar bescheidenen politischen Maßnahmen (Hongkongs Auslieferungsgesetz, Frankreichs Erhöhung der Kraftstoffsteuer und höhere U-Bahn-Preise in Chile) eine massive gesellschaftliche Explosion auslösen würden.

Vielleicht am wichtigsten (und wenigsten überraschend) ist, dass die herkömmlichen wirtschaftlichen Messgrößen für das Wohlbefinden völlig unzureichend sind, um die wahre Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu erfassen. Das BIP pro Kopf misst das Durchschnittseinkommen einer Volkswirtschaft, aber über die Einkommensverteilung, die Wahrnehmungen der Menschen in Bezug auf Fairness oder Ungerechtigkeit, das Gefühl finanzieller Anfälligkeit oder sonstige sich stark auf die Lebensqualität insgesamt auswirkende Umstände (wie das Vertrauen in die Regierung) sagt es nichts aus.

Und Rankings wie der Global Competitive Index des Weltwirtschaftsforums, der Index of Economic Freedom der Heritage Foundation und die Rangliste des Berichts Economic Freedom of the World der Simon Fraser University fangen vom subjektiven Gefühl innerhalb der Bevölkerung über gesellschaftliche Fairness, die Entscheidungsfreiheit über den eigenen Lebensweg, die Ehrlichkeit der Regierung und die Vertrauenswürdigkeit der Mitbürger viel zu wenig ein.

Jede Gesellschaft ist gut beraten, den Puls ihrer Bevölkerung zu messen und die Ursprünge von sozialer Unzufriedenheit und Misstrauen ernst zu nehmen.

Um etwas über derartige Stimmungen zu erfahren, muss man die Bevölkerung direkt über ihre Zufriedenheit mit ihrem Leben, ihr Gefühl persönlicher Freiheit, ihr Vertrauen in die Regierung und in ihre Mitbürger und zu anderen Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens befragen, die sich stark auf die Lebensqualität und damit die Aussichten gesellschaftlicher Unruhen auswirken. Das ist der von Gallups jährlichen Befragungen zum Wohlbefinden, über die meine Kollegen und ich jedes Jahr im World Happiness Report berichten, verfolgte Ansatz.

Die Idee der nachhaltigen Entwicklung, die sich in den 2015 von den Regierungen der Welt verabschiedeten 17 Zielen für nachhaltige

Entwicklung (SDGs) widerspiegelt, besteht darin, über herkömmliche Indikatoren wie das BIP-Wachstum und das Pro-Kopf-Einkommen hinauszugehen und zu einer deutlich umfassenderen Reihe von Zielen zu gelangen, zu denen u. a. gesellschaftliche Fairness, Vertrauen und ökologische Nachhaltigkeit gehören. So lenken die SDGs besondere Aufmerksamkeit nicht nur auf die Einkommensungleichheit (SDG 10), sondern auch auf breiter angelegte Messgrößen für das Wohlbefinden (SDG 3).

Jede Gesellschaft ist gut beraten, den Puls ihrer Bevölkerung zu messen und die Ursprünge von sozialer Unzufriedenheit und Misstrauen ernst zu nehmen. Wirtschaftswachstum ohne Fairness und ökologische Nachhaltigkeit ist ein Rezept für Unfrieden, nicht für Wohlbefinden. Wir brauchen eine deutlich umfassendere Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, eine stärkere Einkommensumverteilung von den Reichen auf die Armen und mehr öffentliche Investitionen in ökologische Nachhaltigkeit.

Selbst scheinbar vernünftige politische Maßnahmen wie der Abbau von Subventionen auf Kraftstoffe oder die Erhöhung der U-Bahn-Preise, um diese kostendeckend zu machen, führen zu massiven Unruhen, wenn sie unter den Bedingungen geringen gesellschaftlichen Vertrauens, hoher Ungleichheit und eines weithin geteilten Gefühls mangelnder Fairness erfolgen.

Aus dem Englischen von Jan Doolan.

(c) Project Syndicate



Jeffrey D. Sachs
New York

Dr. Jeffrey D. Sachs ist Professor für Sustainable Development, Health Policy und Management sowie Direktor des Earth Institutes an der Columbia University in New York. Er ist zudem Special Adviser des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Millennium Development Goals.